

Infobrief „Frieden“: Oktober 2014 Nr. 2

- **Weltkirchenrat Lob für Stellungnahme von Islamgelehrten gegen IS**
- **Kriege Gottesdienst erinnert an Bombennacht in Duisburg und Portsmouth**
- **»Krieg beginnt im Rheinland« Proteste in Kalkar gegen Kommandozentrale für Luftkriegsoperationen**
- **»Morgen wird geschossen« Bundeswehr bildet kurdische Peschmerga-Kämpfer im Kampf gegen die IS-Miliz aus**
- **EKD-Militärbischof: Auftrag der Kirche für gerechten Frieden**
- **Weltkirchenrat sieht Luftangriffe gegen IS-Miliz skeptisch**
- **Nobelpreis für Kinderrechtler aus Pakistan und Indien**
- **Kurden demonstrierten in Düsseldorf gegen IS-Terror**
- **»Lernen für den Frieden« 22.000 Protest-Unterschriften gegen Militär an Schulen**
- **Internet-Pionier Lanier mit Friedenspreis ausgezeichnet Informatiker warnt vor der Datensammelwut von Konzernen und Geheimdiensten**
- **»Anders als Du denkst« ARD-Themenwoche zum Thema Toleranz**
- **Machtlos gegen Wasser, Schlamm und Krieg Die Helfer im Südsudan stehen vor massiven Problemen**
- **Flüchtlinge Care kritisiert frühe Verheiratung von syrischen Flüchtlingsmädchen**

Weltkirchenrat Lob für Stellungnahme von Islamgelehrten gegen IS

Genf (epd). Der Weltkirchenrat begrüßt, dass Islamgelehrte den Missbrauch ihrer Religion durch den »Islamischen Staat« (IS) mit deutlichen Worten verurteilen. Die fundierte Zurückweisung von Ansprüchen des IS, den authentischen Islam zu vertreten, unterstütze islamische Repräsentanten, die sich für ein friedliches Zusammenleben von Menschen aller Religionen einsetzen, sagte der Generalsekretär des Weltkirchenrats, Olav Fykse Tveit, am 30. September in Genf. Der lutherische Theologe bezog sich damit auf eine Schreiben, in dem mehr als 120 islamische Gelehrte den IS-Terror verurteilen. Die Verbrechen der Extremistengruppe seien mit dem Islam unvereinbar. Das Schreiben ist an den IS-Führer Abu Bakr Al-Baghdadi und dessen Anhänger gerichtet. In dem offenen Brief wird betont, der IS stehe in eklatantem Widerspruch zu den Lehren des Koran. Die Unterzeichner sprechen den Islamisten die Kompetenz für Religionsurteile ab, nennen die Ausrufung eines Kalifats durch Al-Baghdadi unzulässig und weisen daraufhin, dass Mord, Folter und Misshandlung Unschuldiger und Andersgläubiger im Islam verboten seien. In dem Dokument wird die IS-Ideologie in 24 Punkten widerlegt. So wird darin ausdrücklich die Ermordung von Journalisten und humanitären Helfern als Verstoß gegen den Islam verurteilt. Die Islamgelehrten und Koranwissenschaftler, die den Brief unterzeichneten, stammen aus mehr als 40 Ländern weltweit. Zu ihnen zählt beispielsweise der ägyptische Großmufti und Vertreter der Al-Azhar-Universität Kairo, Schawki Ibrahim Allam, der Jerusalemer Mufti Muhammad Ahmad Hussein, der jordanische Prinz und Religionswissenschaftler Ghazi bin Muhammad und der frühere Großmufti von Bosnien und Herzegowina, Mustafa Cerić. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 41_2014 Seite _7

Kriege Gottesdienst erinnert an Bombennacht in Duisburg und Portsmouth

Duisburg (epd). Kirchen aus Duisburg erinnern zusammen mit Vertretern aus der englischen Partnerstadt Portsmouth am 14. Oktober an die Opfer und Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs. Der zweisprachige Gedenkgottesdienst unter dem Motto »Umkehr in die Zukunft« beginnt um 19.30 Uhr in der Duisburger Salvatorkirche, wie der Evangelische Kirchenkreis der Stadt mitteilte. Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) ist auch der Domdechant der Kathedrale der anglikanischen Kirche aus Portsmouth, David Brindley, zu Gast. Die Gedenkfeier erinnert mit Zeitzeugenberichten und Fotos an die Zerstörungen der Bombennacht vom 14. Oktober 1944 in Duisburg und Portsmouth. Zudem sollen Kerzen angezündet werden für die Opfer des Zweiten Weltkriegs und die Menschen, die von aktuellen Kriegen betroffen sind. Den Gottesdienst gestalten Lutz Peller, Vorsitzender der ACK Duisburg, der evangelische Superintendent Armin Schneider, der katholische Stadtdechant Bernhard Lücking und Dieter Lemke von der Arbeitsgemeinschaft evangelischer Freikirchen.

epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 41_2014 Seite _12

»Krieg beginnt im Rheinland« Proteste in Kalkar gegen Kommandozentrale für Luftkriegsoperationen

Kalkar (epd). Im niederrheinischen Kalkar haben am Freitag Friedensinitiativen unter dem Motto »Krieg beginnt im Rheinland« gegen Luftwaffeneinrichtungen demonstriert. Der Protest richtete sich vor allem gegen die Kommandozentrale für Luftkriegsoperationen von Bundeswehr und Nato. Bernhard Trautvetter vom Ostermarschkomitee Rhein/Ruhr forderte die Schließung und kritisierte, dass mit der Einrichtung das Friedensgebot des Völkerrechts weit zurückgelassen werde. »Deshalb lehnen wir auch Kriegsbeteiligungen im Ausland sowie den Drohnenkrieg ab.« Die Organisatoren der Kundgebung verwiesen darauf, dass schon jetzt von Kalkar aus Eurofighter und Awacs- Flugzeuge nah an die russische Grenze herangeführt würden. Auch solle von Kalkar aus ein Kampfdrohnenkrieg in aller Welt ermöglicht werden. »Wir sagen: Stoppt diese Entwicklung, die wieder Kriegsvorbereitung von deutschem Boden aus bedeutet«, forderten die Organisatoren, darunter auch der bundesweite Friedensratschlag und die Kooperation für den Frieden/Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Trautvetter verwies auf Unterlagen einer im November geplanten militärischen Tagung im Kalkarer Zentrum für Vereinte Luft-Streitkraft-Kompetenz. Aus den Unterlagen lasse sich unter anderem erkennen, dass nicht Deeskalation das Ziel sei, sondern vielmehr militärische Offensivschläge im Zentrum stünden. »Die Nato droht, nun auch über Kalkar zum Selbstmordattentäter an der Menschheit zu werden«, sagte Trautvetter laut Redemanuskript. Auch Reiner Braun von der internationalen Juristenvereinigung Ialana warnte vor der »Magnetwirkung« des Kalkarer Zentrums für militärische Gegner. Das Nato- Einsatzzentrum als »Zentralgehirn« für die Planung und Durchführung von Kriegen im 21. Jahrhundert werde zum Zielpunkt und setze die Bevölkerung der ganzen Region starken menschlichen und materiellen Verlusten, wenn nicht der Vernichtung aus. »Die finanziellen Kosten gehen in den Milliardenbereich auf Kosten der Bildung und des Wohlfahrtsstaates.« Nach Angaben der Organisatoren der Kundgebung sind an dem Kalkarer Zentrum Luftoperationen derzeit bereits 1.000 Militärangehörige stationiert, geplant sind 1.600.

epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 41_2014 Seite _24

»Morgen wird geschossen« Bundeswehr bildet kurdische Peschmerga-Kämpfer im Kampf gegen die IS-Miliz aus

Hammelburg (epd). Der deutsche Ausbilder an der Infanterieschule der Bundeswehr im unterfränkischen Hammelburg hebt die Hand. »Very, very good job«, sagt er. Die vier kurdischen Peschmerga schlagen reihum ein. Wenige Meter daneben steht Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und lässt sich von Brigadegeneral Gert-Johannes Hagemann am 2. Oktober in bullig warmer Herbstsonne die Ausbildung der Kurden an der Panzerabwehrwaffe »Milan« erklären. 30 dieser Waffen und 500 Lenkflugkörper dafür bekommen die Kurden von Deutschland für den Kampf gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) im Nordirak. Seit vergangener Freitag sind die 32 kurdischen Offiziere bereits in Deutschland, tagelang haben sie sich mit der laut Hagemann »leicht zu erlernenden« Panzerabwehrwaffe mit rund zwei Kilometer Reichweite befasst. In der Theorie, in der Simulation und seit einigen Tagen auch in echt. Was das heißt, zeigen die Kurden im Übungsdorf »Bonnland« der Bundeswehr. Sie klappen die Dreibeine der Waffe aus, montieren sie, demontieren sie. Und wieder von vorne. Immer und immer wieder. Im Ernstfall darf schließlich nichts schiefgehen. Dazwischen hört man immer wieder englische Wortfetzen und einen kurdischen Dialekt. Die Ministerin zeigt sich beeindruckt von der Lernwilligkeit und dem Engagement der Peschmerga, »die stellvertretend für viele andere im Nordirak« gegen die IS-Terroristen aufgestanden seien. Der »Islamische Staat« sei gut finanziert und mit moderner Waffentechnik ausgerüstet,

während die kurdischen Soldaten größtenteils mit veralteten Waffen noch aus Sowjetzeiten kämpfen müssten. Von der Leyen kündigt an, die Ausbildung an der »Milan« sei erst der Anfang, »die Zusammenarbeit wird sicher fortgesetzt und intensiviert«. Zudem werde die Bundeswehr Ärzte in den Nordirak schicken, um Minen-Opfer zu behandeln. Der kurdische Major, der die Gruppe der Offiziere anführt, dankt der Bundeswehr ausdrücklich für Waffen, Munition und die Schulung. Deutschland sei »das erste Land, das uns Peschmerga für den Kampf gegen die IS-Miliz ausbildet«. Die Lage im Irak sei kritisch, sagt er, im kurdischen Norden allerdings »etwas besser«. Der 36 Jahre alte Major sieht den Westen allerdings auch in der Verantwortung, sich im Kampf gegen den IS weiter zu engagieren. Die IS-Kämpfer aus Europa, die in den Irak und nach Syrien reisten, seien noch »viel zielstrebig und viel grausamer« als die einheimischen IS-Kämpfer. Die jüngst als »Foto-Ministerin« kritisierte von der Leyen vermeidet bei ihrem Besuch in Hammelburg einen allzu intensiven Kontakt zur Presse. Sie widmet sich demonstrativ dem Gespräch mit Bundeswehr-Soldaten und Peschmerga-Kämpfern. Dem Peschmerga-Major sagt sie auf Englisch: »Der IS ist unser gemeinsamer Feind.« Ansonsten belässt es von der Leyen bei einem knappen Statement mit nur wenigen Nachfragen, ehe sie mit einem Helikopter der Luftwaffe wieder Richtung Berlin abhebt. Kurz zuvor bringt sie noch die Erhöhung des Wehretats ins Gespräch. Eine bessere Materiallage koste eben mehr Geld. Das bekommen in gewisser Weise auch die Peschmerga zu spüren. Denn eine Lenkrakete für die »Milan« kostet der Bundeswehr zufolge um die 7.000 Euro. Deshalb wurde an den ersten sechs Tagen der Ausbildung auch keine einzige der Panzerabwehrraketen abgefeuert. »Morgen wird geschossen«, kündigt Brigadegeneral Hagemann an. Schon am Samstag kehren die kurdischen Soldaten in ihre Heimat zurück. Dort sollen sie als Multiplikatoren andere Soldaten im Umgang mit der tragbaren Waffe schulen. »Die 'Milan' ist sehr wichtig für uns«, sagt der kurdische Major, denn bisher habe man nicht über panzerbrechende Waffen verfügt. *Von Daniel Staffen-Quandt (epd)*
epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 41_2014 Seite 25

EKD-Militärbischof: Auftrag der Kirche für gerechten Frieden

Münster (epd). Die Kirche muss sich nach Worten des evangelischen Militärbischofs Sigurd Rink für einen gerechten Frieden starkmachen. Dabei sollten auch die Menschen unterstützt werden, die in diesem Bereich Entscheidungen fällen und mit den Folgen leben müssen, sagte der Militärbischof der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Freitag in Münster. Kirche solle jedoch nicht selber Politik machen, betonte Rink auf der Generalversammlung des Evangelischen Bundes. Sie tagt bis Sonntag unter dem Thema »Mit dem Evangelium regieren?«. Bei der Übernahme von militärpolitischer Verantwortung sprach sich Rink gegen deutsche Sonderwege aus. Nötig sei die Abstimmung im Verbund der europäischen Staaten. Der Theologe warnte auch vor deutschen Rüstungsexporten in unsichere Länder. Der Münsteraner Kirchengeschichtler Albrecht Beutel verwies darauf, dass bereits der Reformator Martin Luther dazu aufrief, politische Verantwortung wahrzunehmen. Christen könnten und sollten politische Ämter ausüben, seien allerdings »der Not des Nächsten und nicht dem Eigennutz verpflichtet.« Durch die Ausformulierung seiner »Zwei-Regimenter-Lehre« habe Luther die ersten Bündnisverhandlungen der protestantischen Fürsten und Reichsstände ermöglicht. Diese mündeten 1531 in den »rein defensiv angelegten Schmalkaldischen Bund, der über zehn Jahre die Sache der Reformation schützte und stärkte«. Der Evangelische Bund wirkt auf eine Einigung der protestantischen Kirchen und auf eine stärkere ökumenische Zusammenarbeit mit anderen Kirchen hin. Er hat in 17 Landesverbänden rund 3.500 Mitglieder, darunter Einzelpersonen und Kirchengemeinden. Der Verein ist neben der Evangelischen Kirche in Deutschland und einigen ihrer Mitgliedskirchen Träger des Konfessionskundlichen Instituts in Bensheim, das sich wissenschaftlich mit den christlichen Konfessionen und dem ökumenischen Dialog auseinandersetzt.
epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 42_2014 Seite 2

Weltkirchenrat sieht Luftangriffe gegen IS-Miliz skeptisch

Genf (epd). Der internationale Direktor des Weltkirchenrates sieht die US-geführten Militärschläge gegen die Terror-Organisation »Islamischer Staat« (IS) im Irak und in Syrien mit großer Sorge. »Der Ökumenische Rat der Kirchen spricht sich seit langer Zeit gegen ein militärisches Eingreifen von außen in Konflikten aus«, sagte Peter Prove, Direktor für internationale Beziehungen der Ökumene-Organisation, dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Genf. Das Militär könne keine stabilen Lösungen für Konflikte bringen, durch den Einsatz von Gewalt kompliziere sich die Lage weiter. Derzeit fliegt eine US-geführte Koalition Luftangriffe gegen den IS. Zu den Opfern der islamistischen Terrormiliz gehören auch Christen im Irak und Syrien. Washington rechtfertigt die Einsätze mit dem Selbstverteidigungsrecht laut Artikel 51 der UN-Charta.

Militärische Operationen des Westens im Nahen Osten hätten in der Vergangenheit nichts bewirkt, sagte der Australier Prove. Durch das Einschreiten seien Freiräume entstanden, in denen sich Extremisten ausgebreitet hätten. Allerdings unterstrich der Jurist, dass die vielen Opfer der brutalen Gewalt des »Islamischen Staats« Schutz bräuchten. »Das ist das große Dilemma, die verfolgten Menschen sind dringend auf Hilfe angewiesen, eine Militärintervention ist aber nicht die Lösung«, argumentierte der Experte für internationale Beziehungen. Angesichts der Brutalität der IS-Milizen sei es aber möglich, dass der Weltkirchenrat seine Position zum Gewalteinsatz überdenke. »Man kann mit dem IS nicht verhandeln, sie greifen alle anderen an«, sagte Prove. Zu den 345 Mitgliedskirchen des Weltkirchenrates gehören auch Kirchen aus dem Nahen Osten. Zunächst sei es Aufgabe der Regierung in Bagdad, die irakischen Bürger vor Gewalt und Vertreibung zu schützen. »Leider müssen wir aber feststellen, dass die Regierung ihrer Aufgabe nicht gerecht wird«, räumte Prove ein. Ein langfristiges militärisches Eingreifen des Westens müsse zumindest durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrates abgestützt sein. Prove hatte mit einer Delegation des Weltkirchenrates den Norden des Iraks besucht, dorthin flohen Hunderttausende Menschen vor der Terrormiliz IS. Der »Islamische Staat« eroberte weite Teile der Bürgerkriegsländer Syrien und Irak und errichtet dort eine islamistische Gewaltherrschaft. Der Terror richtet sich gegen ethnische und religiöse Gruppen wie die Christen. Der Weltkirchenrats-Direktor appellierte an die internationale Gemeinschaft, den Opfern des IS humanitär zu helfen. Die meisten Flüchtlinge im Nordirak hätten nur ihr Leben und die Kleider am Leib retten können. »Viele Christen finden in Kirchen Zuflucht, in den Gotteshäusern ist jeder Quadratmeter mit Vertriebenen gefüllt«, sagte Prove. Der Winter in der Region sei besonders hart, die Menschen bräuchten dringend stabile Unterkünfte, Kleidung und Nahrung. Die Mitgliedskirchen des Weltkirchenrates repräsentieren mehr als 500 Millionen Gläubige, die katholische Kirche ist kein Mitglied.

epd-Gespräch: Jan Dirk Herbermann epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 42_2014 Seite _6

Nobelpreis für Kinderrechtler aus Pakistan und Indien

Oslo/Frankfurt a.M. (epd). Der Friedensnobelpreis geht in diesem Jahr an Kinderrechtsaktivisten aus zwei verfeindeten Ländern: Die Auszeichnung teilen sich der 60-jährige Inder Kailash Satyarthi und die 17 Jahre alte Pakistanerin Malala Yousafzai. Das norwegische Nobelkomitee erklärte am 10. Oktober, beide Aktivisten seien in ihrem Kampf für Bildung und gegen Extremismus vereint. Satyarthi ist Hindu, Malala ist Muslimin. Die Entscheidung wurde international begrüßt. Zu den ersten Gratulanten gehörten Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und das UN-Kinderhilfswerk Unicef. Das Kinderhilfswerk »terre des hommes« sprach von einem »Zeichen der Hoffnung«. Pakistans Premierminister Nawaz Sharif bezeichnete Malala als »Stolz ihres Landes«. Der indische Premier Narendra Modi gratulierte beiden Preisträgern. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon sagte, Malala sei zu einer »globalen Lehrerin« geworden. Mit ihrem Mut und ihrer Entschlossenheit, habe sie gezeigt, was Terroristen am meisten fürchteten: »Ein Mädchen mit einem Buch«. Die Pakistanerin Malala ist die jüngste Trägerin des Friedensnobelpreises, der seit 1901 vergeben wird. 60 Prozent der Weltbevölkerung sei 20 Jahre alt oder jünger, sagte der Sprecher des Nobel-Komitees, Thorbjörn Jagland. Das Beispiel Malala zeige, dass auch junge Menschen selbst zur Verbesserung ihrer Lage beitragen können. Die Schülerin hat 2012 einen Anschlag radikal-islamischer Taliban schwer verletzt überlebt. Der Friedensnobelpreis ist mit knapp 900.000 Euro dotiert und wird jährlich am 10. Dezember verliehen. Malala ist die erste Persönlichkeit aus Pakistan und unter den 103 Preisträgern, die 16. Frau. Sie lebt heute mit ihrer Familie in England und erfuh in der Schule von der Auszeichnung. Sie bekam bereits zahlreiche Preise für ihr Engagement und ihre Aufrufe zur Toleranz. In einer Rede vor den Vereinten Nationen bezeichnete sie den Islam als eine Religion des Friedens. Von islamischen Fundamentalisten in Pakistan wird sie weiter bedroht. Satyarthi kämpft seit Jahren mit Fußmärschen und friedlichen Demonstrationen in der Tradition des Freiheitshelden Mahatma Gandhi gegen Kinderarbeit. Der Elektroingenieur rettete Tausende Kinder aus Schuldknechtschaft, die unter grausamen Bedingungen in Fabriken und Steinbrüchen in Zwangsarbeit ausgebeutet wurden. Er äußerte sich sehr erfreut über den Preis. »Er ist eine große Ehre für alle Inder, es ist eine Ehre für all jene Kinder, die trotz aller Fortschritte in Technologie, Markt und Wirtschaft immer noch in Sklaverei leben«, sagte er dem britischen Sender BBC. Satyarthi setzte sich besonders auch für ein Verbot der Kinderarbeit in der Teppichindustrie ein. In Indien arbeiten Schätzungen zufolge 60 Millionen Jungen und Mädchen zwischen fünf und 17 Jahren. Die Nobelpreisentscheidung erging auch in einem Jubiläumsjahr: Die UN-Kinderrechtskonvention wird im November 25 Jahre alt. »Aber in vielen Ländern lässt die Umsetzung noch zu wünschen übrig«, sagte »terre-des-hommes«-Expertin Iris Stolze. Der ehemalige britische Premierminister Gordon Brown sagte, Malala und Satyarthi seien die weltgrößten Vorkämpfer für Kinderrechte. Sie hätten den Friedensnobelpreis für ihren Mut, ihre Entschlossenheit und für ihre Vision verdient, dass keinem Kind die besten Chancen verwehrt werden dürften. Im vergangenen Jahr ging der Friedensnobelpreis an die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW). Gestiftet wurde die Auszeichnung vom schwedischen Industriellen und Erfinder Alfred Nobel (1833-1896).

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 42_2014 Seite _15

Kurden demonstrierten in Düsseldorf gegen IS-Terror

Düsseldorf (epd). In Düsseldorf haben am Samstagnachmittag nach Polizeiangaben mindestens 21.000 Kurden friedlich gegen den Terror des Islamischen Staates (IS) in Syrien und im Nordirak demonstriert. Das Demokratische Gesellschaftszentrum der Kurden in Deutschland, Veranstalter der Demonstration, war ursprünglich von etwa 12.000 Teilnehmern ausgegangen. Auf Transparenten, Plakaten und Flugblättern bekundeten die Demonstranten ihre »Solidarität mit den vom IS bedrohten Kurden im Nordirak und insbesondere mit denen in der von der Terrormiliz Islamischer Staat angegriffenen syrisch-kurdischen Stadt Kobane«. Weitere Forderungen waren »Freiheit für Kobane« und »Stoppt das Massaker in Kobane«. Die Demonstrationsteilnehmer befürchten »ein drohendes Massaker an der dortigen kurdischen Bevölkerung.« Ein starkes Polizeiaufgebot mit mehreren hundert Beamten soll mögliche Angriffe und Störungen durch Islamisten verhindern. Hinweise auf geplante Provokationen oder Gegendemonstrationen gab es nach Polizeiangaben aber bisher nicht. Die Demonstration durch die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt war gegen 12 Uhr gestartet. Eine Abschlusskundgebung vor dem Düsseldorfer Landtag ist gegen 18 Uhr geplant. NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) hatte im Vorfeld der Großdemonstration erklärt, er hoffe auf einen friedlichen Verlauf der Proteste. Der Minister äußerte Verständnis für die Ängste der Menschen um Verwandte und Freunde in den Kriegsgebieten. »Die Massaker von fanatischen Terroristen der IS im Irak und in Syrien führen zu einer großen Emotionalisierung der bei uns lebenden Kurden und Jesiden«, sagte der Minister der in Bielefeld erscheinenden Neuen Westfälischen (Samstagsausgabe). »Diese Sorge rechtfertigt aber keine Gewalt in Deutschland.« Gewalt auf deutschen Straßen helfe den Kriegsoptionen nicht. Das Demokratische Gesellschaftszentrum der Kurden in Deutschland erwartet von der deutschen Regierung ein stärkeres Einwirken auf die Türkei, die den Kurden in Kobane beistehen müsse. Sie fordern zudem die Freilassung des seit Jahren in der Türkei inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan. Die PKK ist auch in Deutschland verboten. Auch die Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl forderte am Samstag von der Bundesregierung Druck auf den Nato-Partner Türkei. »Die Grenzen im türkisch-syrischen Grenzgebiet müssen geöffnet werden. Flüchtende dürfen nicht vor geschlossenen Grenzen stehen« sagte Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl dem Evangelischen Pressdienst (epd). Im türkisch-syrischen aber auch im türkisch-irakischen Grenzgebiet würden humanitäre Hilfsgüter gebraucht, um die kurdische Bevölkerung in der Türkei bei der Aufnahme der Flüchtlinge zu unterstützen. Hilfskonvois aus Deutschland seien dringend erforderlich und ein Zeichen der Solidarität.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 42_2014 Seite _16

»Lernen für den Frieden« 22.000 Protest-Unterschriften gegen Militär an Schulen

Düsseldorf (epd). Über 22.000 Menschen haben im Rahmen der Kampagne »Lernen für den Frieden« gegen eine Präsenz von Militär-Vertretern an Schulen und Hochschulen unterschrieben. Die Protest-Unterschriften sollen am Donnerstag in Essen an die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne), übergeben werden, kündigte Peter Förster, Sprecher der Kampagne »Lernen für den Frieden«, am Dienstag in Düsseldorf an. Unterstützt wird die Aktion von Gewerkschaften, politischen Organisationen und Friedensgruppen. Die Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Dorothea Schäfer, forderte die rot-grüne Landesregierung auf, den Einfluss der Bundeswehr auf die Schulen in Nordrhein-Westfalen endlich wirksam zu beschränken. Ziel sei eine Kündigung der 2008 von der schwarz-gelben Vorgängerregierung geschlossenen Kooperationsvereinbarung zwischen NRW und der Bundeswehr. Der Vertrag ermöglicht es sogenannten Jugendoffizieren, in den Schulen des Landes »sicherheitspolitische Fragestellungen« vorzutragen. In sieben weiteren Bundesländern gibt es ähnliche Vereinbarungen wie in NRW. Angesichts der aktuellen militärischen Konflikte im Nahen Osten und in der Ukraine sagte GEW-Landeschefin Schäfer: »Wir glauben, dass das Lernen für den Frieden wieder eine neue Bedeutung bekommen muss.« Nicht Offiziere, sondern Lehrer seien die Richtigen, um Schüler über die Ursachen von Kriegen in der Welt sowie über eine friedliche Konfliktlösung aufzuklären. 2013 hätten die Jugendoffiziere der Bundeswehr bei ihren Veranstaltungen insgesamt 152.000 Schüler erreicht, berichtete Joachim Schramm, Sprecher der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK). Der Vertreter der Friedensbewegung warf den Offizieren »Propaganda« und »Indoktrination« der Schüler vor. Die Jugendoffiziere rekrutierten an den Schulen Nachwuchs für das Militär, sagte Schramm. Zudem werde um Verständnis für die Auslandseinsätze der Bundeswehr geworben. Rot-Grün in NRW habe dies bislang nicht unterbunden, kritisierte Schramm. Zwar habe die Landesregierung auch Vertretern der Friedensbewegung einen gleichberechtigten Zugang zu Schulen zugesichert. Doch personell und finanziell sei die Friedensbewegung nicht in der Lage, den 94 hauptamtlichen sogenannten Jugendoffizieren der Bundeswehr Paroli zu bieten. In Einzelfällen seien Bundeswehr-Vertreter gar nicht erst in Schulen erschienen, wenn es zu einer Diskussion mit DFG-Vertretern kommen sollte.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 42_2014 Seite _24

Internet-Pionier Lanier mit Friedenspreis ausgezeichnet Informatiker warnt vor der Datensammelwut von Konzernen und Geheimdiensten

Frankfurt a.M. (epd). Der US-amerikanische Informatiker, Musiker und Schriftsteller Jaron Lanier ist mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet worden. Der 54-Jährige sei ein Pionier der digitalen Welt und einer ihrer wichtigsten Kritiker, sagte der Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, Heinrich Riethmüller, am 12. Oktober bei der Preisverleihung in der Frankfurter Paulskirche. Der Friedenspreis wird seit 1950 vergeben und ist mit 25.000 Euro dotiert. Lanier warne vor der »Datensammelwut« von Internetkonzernen, Geheimdiensten und Regierungen. Er trete dafür ein, der digitalen Welt Strukturen vorzugeben, die die Rechte des Individuums beachten und die demokratische Teilhabe aller fördern, sagte Riethmüller. Lanier begnüge sich dabei nicht mit der Rolle des Analytikers und Mahners. Er entwickle auch Lösungen, »wie wir der Gefahr dieser Abhängigkeit von Technik und Maschinen Herr werden können«. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, sagte in seiner Laudatio, kaum jemand habe die Gefahren und Risiken der Digitalisierung grundsätzlicher benannt als Jaron Lanier. »Seine Kritik ist nicht kulturpessimistisch, schon gar nicht technologiefeindlich, sondern er mahnt aus der Position eines kenntnisreichen, zur Sache selbst aber loyalen Oppositionellen«, sagte Schulz. Dadurch seien die Überlegungen Laniers »besonders erhellend.« Lanier verteidige die Einzigartigkeit des Menschen im digitalen Zeitalter mit großer Vehemenz, betonte Schulz. Damit stehe er in einer großen humanistischen Tradition. Er warne davor, Computer und Netzwerke über das Menschliche zu stellen, den Menschen klein zu halten. Der US-Amerikaner erhalte den »eminent politischen« Friedenspreis zu Recht und er bekomme ihn auch stellvertretend für alle, die diese wichtige Debatte über die digitale Zukunft führen. Lanier nahm den Preis »für alle digitalen Aktivisten und Idealisten« und zu Ehren des kürzlich verstorbenen FAZ-Herausgebers und Autors Frank Schirrmacher entgegen, der schon früh vor den Gefahren der Digitalisierung gewarnt habe. In seiner Dankesrede sprach sich der Friedenspreisträger für die Synthese aus dem Besten der prä-digitalen und der digitalen Systeme aus und plädierte für einen »digitalen Humanismus«. »Wir haben die Wahl«, sagte Lanier: »Der springende Punkt, die grundlegende Position, von der wir nicht abweichen dürfen, ist: Wir müssen anerkennen, dass es Raum für Alternativen gibt. Das Muster, das wir heute sehen, ist nicht das einzig mögliche Muster, es ist nicht unabwendbar.« Der in New York City geborene Lanier war Schulabbrecher, besuchte Vorlesungen in Mathematik und bildete sich zum Informatikexperten aus. Er gilt als der Vater des Begriffs der »virtuellen Realität«, initiierte internetbasierte Computernetzwerke und konstruierte virtuelle Kameras, 3D-Grafiken für Kinofilme und den ersten Avatar, einen künstlichen Stellvertreter für eine reale Person in der virtuellen Welt. Neben der Forschung gründete er das Unternehmen VPL Research. Lanier lebt im kalifornischen Berkeley, lehrt an mehreren US-amerikanischen Universitäten und arbeitet als Forscher für Microsoft Research. Seit der Jahrtausendwende setzt sich Lanier verstärkt mit der immer größer werdenden Diskrepanz zwischen Mensch und Maschine sowie zwischen Wirklichkeit und virtueller Realität auseinander. Mit seinen beiden Büchern »Gadget. Warum die Zukunft uns noch braucht« (2010) und »Wem gehört die Zukunft?« (2014) über negative Entwicklungen in der digitalen Welt ist er in den vergangenen Jahren zu einem ihrer wichtigsten Kritiker geworden. Lanier tritt auch als Pianist und Musiker mit asiatischen Wind- und Harfeninstrumenten auf und komponiert. Gemälde und Zeichnungen von ihm wurden in Ausstellungen präsentiert. Für seine Erfindungen und Entwicklungen wurde er mit zwei Ehrendokortiteln ausgezeichnet. 2001 erhielt er den »CMU s Watson Award« sowie 2009 den »Lifetime Career Award« des weltweit größten Berufsverbandes für Ingenieure. Sein Buch »Wem gehört die Zukunft?« wurde 2014 mit dem »Goldsmith Book Prize« der Universität Harvard in Cambridge (Massachusetts). Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels waren zuletzt die weißrussische Schriftstellerin Swetlana Alexijewitsch (2013), der chinesische Schriftsteller und Dissident Liao Yiwu (2012), der algerische Schriftsteller Boualem Sansal (2011) und der israelische Schriftsteller David Grossman (2010).

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 42_2014 Seite _42](#)

»Anders als Du denkst« ARD-Themenwoche zum Thema Toleranz

München (epd). Die ARD-Themenwoche widmet sich unter dem Motto »Anders als Du denkst« vom 15. bis 21. November dem Thema Toleranz. »Wir wollen erreichen, dass die Menschen über Toleranz nachdenken«, sagte Ulrich Wilhelm, Intendant des Bayerischen Rundfunks (BR), am 6. Oktober. In fiktionalen und dokumentarischen Fernseh- und Hörfunkformaten wolle man sich unter anderem mit Asyl, Sexualität und Ausländerhass befassen. Die Zuschauer und Zuhörer seien aufgefordert, sich Gedanken zu machen, was Toleranz mit dem eigenen Leben zu tun habe, kündigte Wilhelm an. In den Beiträgen wolle man auch der Frage nachgehen, wie sich Toleranz im Alltag bewähren könne und wo ihre Grenzen seien. Ziel sei es, »eine breite Debatte« anzustoßen, da Toleranz nicht nur jeden Einzelnen angehe, sondern auch die Gesellschaft als Ganzes, zeigte sich der BR-Intendant überzeugt. Deswegen habe man auch Institutionen wie Kirchen, Religionsgemeinschaften und Wohlfahrtsverbände mit ins Boot geholt. Toleranz

»sei Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben von Menschen«, erklärte ARD-Programmdirektor Volker Herres. In den Nachrichten könne man täglich sehen, wohin »der Siegeszug der Intoleranz« führe. In der deutschen Gesellschaft sei vieles enttabuisiert, es gebe aber dennoch Winkel, die man ausleuchten könne, wie etwa Depressionen im Spitzensport, erläuterte Herres. Eine Stärke des Fernsehens sei, dass man in Dokumentationen und Spielfilmen Vorurteile auf die Wirklichkeit treffen lassen könne, was im normalen Leben oft nicht möglich sei. Paten der ARD-Themenwoche sind die Monoskifahrerin Anna Schaffelhuber, die »Tagesthemen«-Moderatorin Pinar Atalay und der Musiker Jan Delay. Die ARD-Themenwoche gibt es seit 2006. Im vergangenen Jahr hatte die ARD mit der Themenwoche »Zum Glück« rund 35 Millionen Fernsehzuschauer erreicht. 2012 ging es um das Thema »Leben mit dem Tod«. Die Federführung hat in diesem Jahr der BR. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 42_2014 Seite _46

Machtlos gegen Wasser, Schlamm und Krieg Die Helfer im Südsudan stehen vor massiven Problemen

Juba (epd). Die Flüchtlinge stehen knietief im Wasser. Kaum einer im Lager bei Bentiu, im Norden des Südsudans, hat Gummistiefel. »Und das ist nicht bloß Regenwasser«, erläutert Naruth Phadungchai, Mitarbeiter der Deutschen Welthungerhilfe. Hilfswerke versuchen zwar, Latrinen zu bauen. Doch die Löcher laufen wegen der derzeitigen Regenzeit immer wieder voll, das Wasser mischt sich mit Fäkalien. In seinem Büro in der südsudanesischen Hauptstadt Juba zeigt Phadungchai Fotos des UN-Camps, weil es derzeit extrem schwierig ist, in die umkämpfte und überflutete Gegend zu gelangen. Rund 45.000 verängstigte Menschen suchten Schutz auf dem Gelände der Vereinten Nationen bei Bentiu im Bundesstaat Unity. Sie flohen vor dem Bürgerkrieg, der das Land seit Mitte Dezember beherrscht. Ein Machtkampf zwischen Präsident Salva Kiir und seinem ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar eskalierte binnen kürzester Zeit zu einem brutalen ethnischen Konflikt. Als Lager für so viele Menschen ist das UN-Grundstück jedoch völlig ungeeignet, denn es liegt mitten im Sumpfgebiet. Die Vertriebenen leben gleichsam im Wasser. Die Mischung aus Regenwasser und Fäkalien steht auch im Inneren der Zeltplanen, die als Unterkunft dienen. »Notgedrungen schlafen die Menschen häufig im Stehen, die Kinder im Arm, damit sie nicht ertrinken«, beschreibt Phadungchai. Die Welthungerhilfe gibt den Vertriebenen Decken, Moskitonetze, Kochgeschirr und andere lebenswichtige Dinge. Außerdem baut sie Unterkünfte und verteilt Lebensmittel im Auftrag des Welternährungsprogramms. Rund 600 Kilometer Luftlinie entfernt auf dem Grundstück der UN-Organisation in Juba laden Arbeiter schwere Getreidesäcke auf Lastwagen. Der Schweiß läuft ihnen über Gesicht und Oberkörper. »Zeit ist Geld«, ruft einer der Arbeiter – der Lkw soll heute noch losfahren in die Stadt Wau, 400 Kilometer entfernt. Das Welternährungsprogramm verteilt im Südsudan jeden Monat Lebensmittel an rund 1,5 Millionen Menschen. Wegen des Bürgerkrieges und der schlechten Infrastruktur bleibt die Organisation hinter den eigenen Zielen zurück - eigentlich will sie über zwei Millionen Bedürftige erreichen. Die Bauern fliehen vor den Kämpfen oder werden vertrieben und konnten deshalb vor der Regenzeit ihre Felder nicht bestellen. Die nächste Ernte wird wahrscheinlich weitgehend ausfallen. Hilfsorganisationen und die Vereinten Nationen warnen deshalb, dass bald noch viel mehr Menschen Hilfe brauchen könnten. »Wegen der Regenzeit sind viele Straßen unpassierbar«, sagt George Forminyen, Sprecher des Welternährungsprogramms: »Rund 60 Prozent des Landes sind von der Außenwelt abgeschnitten.« Besonders betroffen sind die erdölreichen und deshalb besonders umkämpften Gebiete: die nördlichen Bundesstaaten Unity, Jonglei und Oberer Nil. »In diesen Gegenden verteilen wir den Großteil der Lebensmittel auf dem Luftweg«, erläutert George Forminyen. Aber die Hilfe aus der Luft ist sieben Mal so teuer wie der Transport mit LKW-Konvois. Alle Hilfsorganisationen kämpfen mit ähnlichen Problemen. »Im Moment kann man selbst mit kleinen Flugzeugen fast nirgendwo landen, alles ist überflutet«, beschreibt der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Sektion von »Ärzte ohne Grenzen«, Tankred Stöbe. Hubschrauber seien eigentlich die einzige Möglichkeit, Helfer und Hilfsgüter dorthin zu bringen, wo sie gebraucht werden. Aber Hubschrauber sind die teuerste Lösung. Und Geld ist knapp für den Südsudan, die Konkurrenz der weltweiten Krisen ist groß. »Die Welt fokussiert sich im Moment natürlich auf die Ebola-Region, oder auf die Ost-Ukraine, oder auch auf Gaza«, bedauert Stöbe: »Aber der Südsudan muss trotzdem im Bewusstsein bleiben, denn die Menschen hier leiden unglaubliche Not.« Alle Helfer tun, was sie können. Aber gegen Wasser, Schlamm und Fäkalien sind sie machtlos. »Ich bin weniger wütend als enttäuscht«, beschreibt Phadungchai sein Gefühl. »Enttäuscht, dass Menschen im 21. Jahrhundert immer noch im Schlamm leben müssen, Hunger leiden und an Cholera sterben.« *Von Bettina Rühl (epd)*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 42_2014 Seite _49

Flüchtlinge Care kritisiert frühe Verheiratung von syrischen Flüchtlingsmädchen

Bonn (epd). Das Hilfswerk Care prangert die zunehmende frühe Verheiratung von syrischen Flüchtlingsmädchen an. Immer mehr syrische Eltern etwa in Jordanien verheirateten ihre jungen Töchter

aus Sorge um deren Sicherheit und Überleben, erklärte die Care-Länderdirektorin für Jordanien, Salam Kanaan, am Mittwoch. »Für die meisten Mädchen bedeutet dies, dass sie nicht weiter zur Schule gehen können.« Weitere Folgen seien frühe Schwangerschaften und damit verbundene gesundheitliche Risiken für Mutter und Kind, kritisierte das Hilfswerk aus Anlass des Weltmädchentags am Samstag. Nach UN-Angaben heiratet mittlerweile jedes dritte syrische Flüchtlingsmädchen in Jordanien vor seinem 18. Geburtstag. Im Jahr 2013 lag der Anteil der minderjährigen Bräute demnach bei 25 Prozent, im ersten Quartal 2014 stieg er auf 32 Prozent. Viele Flüchtlingsfamilien in Jordanien lebten seit über drei Jahren im Ausland und hätten ihre letzten Ersparnisse aufgebraucht, sagte Care-Expertin Kanaan. Sie könnten teils kaum noch für ihre Töchter sorgen. Zudem wollten viele Väter und Mütter die Mädchen durch die Heirat vor sexuellen Übergriffen schützen.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 42_2014 Seite _51](#)